



Aide-Mémoire aus Anlass des Gesprächs

mit Außenministerin Annalena Baerbock am 27. August 2024

Organisation: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Thema: Abrüstung

Dem [Weltfriedensindex](#) 2024 zufolge ist die Zahl der bewaffneten Konflikte so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Laut [SIPRI](#) 2023 sind die Militärausgaben auf ein bisher nie dagewesenes Level gestiegen. Die sogenannte Zeitenwende hat in Deutschland eine diskursive und politische Verschiebung hin zu einer verstärkten Militarisierung erwirkt. Militarisierung stärkt und reproduziert patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Unterdrückung, die einem feministischen Frieden, wie er in den Leitlinien für Feministische Außenpolitik der Bundesregierung verankert ist, entgegenwirken. Dabei ist die Rüstungskontrolle allein nicht ausreichend: Langfristig müssen Staaten abrüsten, wie der UN-Generalsekretär António Guterres unlängst in der [New Agenda for Peace](#) forderte.

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Zunehmende Militarisierung und Kriege (oder Konflikte) verletzen bzw. bedrohen in vielerlei Hinsicht die Menschenrechte. Ein zentrales Problem ist der unzureichend regulierte internationale Waffenhandel. Auch Deutschland liefert Waffen in Konfliktgebiete und instabile Regionen. Militärische Aktivitäten, inkl. Produktion und Betrieb von Waffen und Militärausrüstung, sind große Emittenten von Treibhausgasen und machen schätzungsweise 5,5% der globalen Treibhausgasemissionen aus. Die Produktion von Waffen erfordert darüber hinaus erhebliche Ressourcen, sowohl finanzielle Mittel als auch Rohstoffe. Waffentests und militärische Konflikte verursachen nicht nur humanitäre, sondern auch wesentliche ökologische Schäden. Dazu gehören Langzeitschäden wie die Kontaminierung von Böden, Gewässern und Ökosystemen, die besonders marginalisierte Personen betreffen und ihnen ihre Lebensgrundlage rauben.

Vor allem die nukleare Produktionskette, Atomwaffentests und -einsätze haben zu großem menschlichem Leid geführt, das bis heute unzureichend anerkannt und aufgearbeitet wird. In der Atomwaffenpolitik bestehen nach wie vor patriarchale und koloniale Kontinuitäten, wie beispielsweise in der Pazifikregion. Betroffene von atomarer Gewalt wurden bisher nicht ausreichend entschädigt, geschweige denn im Diskurs und politischen Entscheidungen zu Atomwaffen berücksichtigt. Dazu gehören unter anderem Umweltschäden und Erkrankungen, die in Zusammenhang mit dem Abbau von Uran und der Entsorgung von Atommüll stehen. Das Festhalten am Prinzip der nuklearen Abschreckung und die Reproduktion eines militaristischen Sicherheitsverständnisses missachten diese Aspekte und stehen im Widerspruch zu einer Feministischen Außenpolitik. Auch in der Cyberpolitik stellt die finanzielle Stärkung und Entwicklung offensiver Cyberkapazitäten einen Widerspruch zu den menschenrechtlichen und feministischen Leitlinien der Bundesregierung dar.

Konkrete Anfragen und Empfehlungen:

Aufgrund der beschriebenen Menschenrechtsproblematik fordern wir Investitionen in einen feministischen Frieden. Das bedeutet, Investitionen in zivile Konflikttransformation, Klimaschutzmaßnahmen, Geschlechtergerechtigkeit und resiliente Gesundheit- und Bildungssysteme zu tätigen statt in Rüstung und die Bundeswehr. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Demilitarisierung müssen



als Teil der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit und als Teil von Feministischer Außenpolitik verstanden werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in bestehenden multilateralen Foren zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, beispielsweise bei der Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), für feministische Perspektiven und nukleare Gerechtigkeit einzusetzen. Dazu gehört besonders die gendersensible Unterstützung derjenigen Menschen, die von den Auswirkungen von Uranabbau und Atomwaffentests betroffen sind. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Alle US-amerikanischen Atomwaffen müssen aus Büchel abgezogen werden. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene und global für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt einsetzen sowie für ein alternatives, feministisches Sicherheitsverständnis, beispielsweise in der NATO, aber auch auf allen anderen politischen Ebenen. Wir fordern ein restriktives und gendersensibles Rüstungsexportkontrollgesetz und, im Sinne einer feministischen Cyberpolitik, eine Umsetzung der Normen für verantwortungsvolles Handeln im Cyberspace und ein Verbot von autonomen Waffensystemen gemäß der Kampagne Stop Killer Robots.